

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses  
am Dienstag, dem 22.11.2022, im Großen Ausschussszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:15 Uhr**

		Seite
	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	Vorstellung des Energieberichtes 1992 - 2021 für die Immobilien des Kreises Warendorf	<b>206/2022</b> 6
4.	Förderung über das Kommunalinvestitionsge- setz und Gute Schule 2020	<b>176/2022</b> 9
5.	Haushaltsplanberatungen 2023	<b>188/2022</b> 10

**Anlagen**

Anlage 1	Präsentation zum Energiebericht
Anlage 2	Präsentation zum Haushalt für Hochbau und Immobilienmanagement
Anlage 3	Präsentation zum Haushalt für Geoinformation und Kataster
Anlage 4	Präsentation zum Thema Windenergie – Anfrage B'90/Grüne

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Claßen, Anne	
Duwe, Jens	
Grobecker, Hubert	
Hugenroth, Bernhard	
Hütig, Frank	
Kleibolde, Bernhard	
König, Florian	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Lütke-Verspohl, Timo	
Pomberg, Ralf	
Starke, Dennis	
Tegelkämper, Paul	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Termühlen, Hildegard	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Kampher, Heinz	Vertreter für Herrn Engelbrecht
Rosenbaum, Ulf	Vertreter für Henrich Berkhoff
Thiel, Joachim	Vertreter für Frau Tarner
<b>von der Verwaltung</b>	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Borgstedt, Hendrik	
Doerr, Julia	
Funke, Stefan, Dr.	
Gehringhoff, Christoph	
Hackelbusch, André	
Hinrichs, Jens	

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Engelbrecht, Arne	Vertreter Herr Kampher
Tarner, Hedwig	Vertreter Herr Thiel
von Ketteler, Friedrich-Carl	Keine Vertretung

Herr Tegelkämper eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 11.11.2022 form- und fristgerecht einberufen worden und mit Nachlieferung vom 14.11.2021 ergänzt worden ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein/e Einwohnerin oder Einwohner anwesend sind.

**2. Bericht der Verwaltung**

Kreisdirektor Dr. Funke teilt mit, dass nunmehr die Baugenehmigung für den schulischen Lernort Warendorf vorliegen würde.

Zudem berichtet Herr Borgstedt, dass im Rahmen der Billigkeitsrichtlinie, die durch die Gremien bestimmte Mittelverwendung umgesetzt worden sei. Der Kreis habe u. a. E-Lastenräder sowie auch Photovoltaikanlagen mit den zusätzlichen Mitteln beschafft. Nunmehr sei ein weiteres Förderpaket aus der Billigkeitsrichtlinie verfügbar in Höhe von 130.000 €. Diese Fördermittel sollen zum größten Teil ebenfalls in den Ausbau von Photovoltaikanlagen fließen.

<b>3.</b>	<b>Vorstellung des Energieberichtes 1992 - 2021 für die Immobilien des Kreises Warendorf</b>	<b>206/2022</b>
-----------	--	-----------------

Herr Gehringhoff stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1) den Energiebericht für den Kreis Warendorf für die Jahre 1992 bis 2021 vor.

Im Anschluss lobt Herr Tegelkämper (CDU) das Vorgehen des Kreises und es sei der richtige Weg.

Auch Herr Hütig (AfD) dankt für den ausführlichen Vortrag und macht deutlich, dass Energiesparen wichtig und richtig sei. Jedoch betont er, dass nicht alles Neue auch gleichzeitig effektiv und gut sei. Zudem hat er einige Nachfragen zu den Risiken von Tiefenbohrungen und nennt hierzu das Beispiel Stauffen im Breisgau.

Auf die Fragen kann Herr Gehringhoff mitteilen, dass im Kreis bis zu 99 m Tiefe gebohrt werde, da auch rechtlich keine größeren Tiefen zulässig seien. Ergänzend fügt Herr Hackelbusch an, dass Geothermie Aufgabe des Amtes für Umweltschutz und Straßenbau sei und die Bodenschätze in Tiefen von 140/150 m bis 6000 m vorzufinden seien. Auch der geologische Dienst stelle hierzu aktuell Untersuchungen an. Die Bohrungen dürften auch nur von fachkundigen Unternehmen durchgeführt werden. Bei der hier in der Region stattfindenden Bohrungen sei zudem die Abdichtung der Grundwasserleiter zu gewährleisten, damit bei einer Bohrung kein Aufstieg erfolgen könne. Der Kreis selbst sei für Tiefen bis zu 100 m zuständig und größere Tiefen seien durch die Bezirksregierung als Bergbaubehörde zu genehmigen. Generell sei es anzustreben, dass vermehrt Geothermie zum Einsatz komme. Ausgenommen von dieser Art der Energiegewinnung seien jedoch Wasserschutzgebiete.

Im nächsten Ausschuss wünscht Herr Hütig (AfD) einen ausführlichen Bericht zu dieser Thematik. Herr Hackelbusch verweist hier auf die Zuständigkeit des Umweltausschusses.

Herr Hinrichs führt ergänzend an, dass es beim Kohlebergbau ebenfalls zu Senkungen und Hebung der Erdoberfläche und Schäden am Gebäudebestand gekommen sei. Diese Bewegungen der Erdoberfläche werden seit vielen Jahren durch Nivellements (Höhenvermessungen durch Messtrupps) und aktuell ergänzend durch Satellitenbeobachtungen gemonitort. Die Erdoberfläche werde in regelmäßigen Abständen abgetastet und zeige somit zeitliche Abweichungen auf. Zur Erkennung von Hebungen und Senkungen die evtl. durch Geothermie verursacht werden könnten eignet sich das Bodenbewegungskataster NRW dementsprechend. Diese Daten sind online abrufbar und für das Kreisgebiet könnten hier keine gravierenden Bewegungen festgestellt werden. Auszunehmen sei hier das durch den Bergbau betroffene Gebiet in Ahlen, welches sich aufgrund der Stilllegung der Zeche jetzt wieder langsam hebt.

Auch Herr Luster-Haggenev merkt an, dass der Kreis mit geschlossenen Systemen arbeite und die Risiken daher vertretbar seien. Bereits durch Photovoltaik werde aktuell einiges an Strom erzeugt, der direkt verbraucht werde.

Auf die Nachfrage, wie hoch die Quote des Eigenverbrauchs des Photovoltaikstroms beim Kreis liege, kann Herr Gehringhoff anführen, dass 97 % des Stromverbrauchs des Kreishauses durch eigene Photovoltaikanlagen produziert werde. Die Anlagen seien mehr als wirtschaftlich, da auf alle Kreisimmobilien bezogen ca. 45 – 65 % Eigenstromnutzung erfolge. Dies liege auch an den Nutzungszeiträumen, die sich vorwiegend tagsüber befinden. Die Beleuchtung in modernisierten Schulen sei bereits bewegungsgesteuert. In den Klassen müsse diese per Schalter eingeschaltet werden, das Ausschalten erfolge automatisch über einen Präsenzmelder. In Fluren erfolge die Abschaltung in Intervallen bis zur kompletten Abschaltung.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) dankt für den Bericht und merkt an, dass der letzte vor 4 Jahren stattgefunden habe. Jedoch bittet er darum, dass dies zukünftig jährlich erfolge, damit Veränderungen schneller ersichtlich und nachprüfbar wären. Zudem stellt sich ihm die Frage, warum der Wärmeverbrauch ansteige und die CO<sub>2</sub>-Bilanz in 10 Jahren konstant bleibe. Hier müsse nachgesteuert werden. Des Weiteren müsse auch der Gasverbrauch weiter gesenkt werden. Ein Teilerfolg sei zu erkennen und gut, aber es müsse noch mehr passieren. Es sollten auch andere Technologien auf Einsatzfähigkeit geprüft werden, denn die Zeit dafür würde immer knapper, um reagieren zu können und dem Weltklima zu helfen. Zum Ende stellt er noch ergänzende Fragen zum Wärmekennwert der Rettungswache Wadersloh, zur Anbindung an die Gebäudeleittechnik und zur Erweiterungsmöglichkeiten dieser Steuerung.

Hierauf merkt Kreisdirektor Dr. Funke an, dass laut der Kurve des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in den vergangenen Jahren weniger Abbau festzustellen ist, als in den Jahren davor. Dies habe vor allem damit zu tun, dass die Liegenschaften und auch die Beschäftigten mehr geworden seien und zudem nach intensiven CO<sub>2</sub>-Abbauphasen ein weiterer Abbau immer aufwendiger werde. So sehr sich die Kreisverwaltung bemühe, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf lokaler Ebene zu reduzieren, müsse allerdings auch auf die EU-Vorgaben für den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel geachtet werden. Eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Energieproduktion führe zu einer Verringerung des Zertifikatepreises, da der Gesamtausstoß an CO<sub>2</sub> für diesen Sektor nach oben begrenzt sei. Andere CO<sub>2</sub>-Verursacher würden die vergünstigten Verschmutzungszertifikate erwerben und an anderer Stelle CO<sub>2</sub> ausstoßen. Dem Klima sei nur dann geholfen, wenn die gesamte gedeckelte Ausstoßmenge an CO<sub>2</sub> durch die EU reduziert würde.

Herr Gehringhoff führt an, dass die Rettungswache Wadersloh eines der ältesten Gebäude des Kreises sei und auf Dauer auch hier eine andere Lösung gefunden werden müsse. An die Gebäudeleittechnik seien bislang alle großen Gebäude wie das Kreishaus, die Schulen und das Jobcenter Ahlen angebunden. Die anderen Gebäude des Kreises seien zum Teil Mietobjekte und daher auch kein Anschluss möglich. Bei allen Neubauten sei die Aufschaltung jedoch eingeplant.

Auf den Hinweis von Herrn Grobecker (B'90/Grüne), dass die Natur die Rechnung der EU nicht interessiere, merkt Kreisdirektor Dr. Funke an, dass der Kreis Vorbild sein wolle, aber die Mechanismen des europäischen CO<sub>2</sub>-Zertifikathandels nicht ignoriert werden dürfen. Weniger Emissionen an einer Stelle führen zu mehr Emissionen an anderer Stelle.

Für den nächsten Energiebericht wünscht sich Herr Thiel (B'90/Grüne), dass der Betrachtungszeitraum eine Phase von 4 Jahren abbilde und einen Ausblick auf die Zu-

kunft gewähre, inklusive aktueller Planungen und Zielvorgaben mit konkreten Maßnahmen.

Zum Abschluss führt Herr Dr. Funke an, dass im Stellenplan 2023 für diese Ziele eine neue Stelle geschaffen werde, um u.a. das Thema Energiemanagement weiter voranzubringen.

<b>4.</b>	<b>Förderung über das Kommunalinvestitionsgesetz und Gute Schule 2020</b>	<b>176/2022</b>
-----------	---	-----------------

Herr Borgstedt erläutert die Vorlage und die dazugehörigen Hintergründe. Die Förderung über das Kommunalinvestitionsgesetz und Gute Schule 2020 sei inzwischen auf 9 Förderprogramme angewachsen. Wichtig sei es dabei immer, die richtigen Maßnahmen zu den entsprechenden aktuell geltenden Richtlinien zu entwickeln. Hierzu erfolge eine enge Zusammenarbeit mit der Kämmerei des Kreises, um eine gute Ausschöpfung der Förderprogramme zu erzielen. Die Programme seien bewusst überzeichnet, um somit tatsächlich die zugesagte Förderung bei Schlussabrechnung zu gewährleisten.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die in den Erläuterungen und der Anlage 1 beschriebene Fortschreibung des Konzepts zur Umsetzung des Förderprogramms „NRW.Bank.Gute Schule 2020“ (GS 2020) wird beschlossen.
2. Die in den Erläuterungen und den Anlagen 2 und 3 beschriebene Fortschreibung zur Finanzierung von Maßnahmen über das erste und zweite Kapitel des Kommunalen Investitionsförderungsgesetzes (KInvFG I und II) wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

**5. Haushaltsplanberatungen 2023****188/2022**

Herr Borgstedt stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) die Investitionen für das Haushaltsjahr 2023 des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement vor. Hierbei gibt er zu ausgewählten Investitionen weiterführende Informationen über den Fortschritt der Maßnahmen.

Im Anschluss daran bittet Herr Kampher (FWG) zur Beschaffung eines neuen Rasenmähers für das Kreishaus um Erläuterung des Anschaffungspreises und fragt nach der Möglichkeit eines Elektroantriebes.

Auch Herr Hütig (AfD) wünscht zu diesem Punkt eine ausführlichere Erläuterung.

Daraufhin erklärt Herr Borgstedt, dass die Grünpflege am Kreishaus nunmehr durch den Bauhof Warendorf erfolge und nicht mehr extern vergeben werde. Das neue Gerät solle nicht nur als Rasenmäher fungieren, sondern ebenso bei der Laubsammlung behilflich sein. Es handle sich bei dieser Beschaffung um ein Multifunktionsgerät. Bei der Beschaffung wolle man zudem auch die Lade- und die Nutzungszeiten in Betracht nehmen, um dieses Gerät effektiv nutzen zu können. Ein konkreter Anschaffungspreis stehe daher aktuell noch nicht fest und könne durchaus auch unter dem Ansatz liegen.

Im Anschluss merkt Herr Hütig (AfD) an, dass er den Ansätzen zustimme, jedoch gegenüber dem Thema Photovoltaik weiterhin kritisch gegenüberstehe.

Kreisdirektor Dr. Funke sichert zu, dass vor Ausschreibung des Rasenmähers der Ausschuss unterrichtet werde. Beim Thema Photovoltaik sehe er den Kreis Warendorf in einer Vorbildfunktion und garantierte die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für jede geplante Maßnahme.

Nunmehr schließt sich Herr Hinrichs mit einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) an und stellt die einzelnen Positionen im Haushalt 2023 für das Amt für Geoinformation und Kataster vor. Zudem verweist er darauf, dass auch im Digitalausschuss schon über die aktuellen Maßnahmen berichtet worden sei.

Im Anschluss bittet Herr Thiel (B'90/Grüne) um Erklärung der auf Seite 387 und 390 genannten Fristen. Herr Hinrichs erläutert, dass es das gesetzliche Ziel sei, möglichst schnell eine Einmessung von Gebäuden zu realisieren. Die Vermessung soll innerhalb von 5 Monaten nach Antragsstellung abgeschlossen sein. Das zweite Ziel sei es, das Liegenschaftskataster aufgrund eigener und externer Gebäudeeinmessungen innerhalb von 3 Monaten zu aktualisieren. Die Zielerreichung in Prozent hängt sehr stark von teilweise vorhandenen Rückständen aber auch von der Qualität der Einmessungen durch externe ab. Zudem spiele die geringe Personalkapazität des Amtes für viele Aufgaben eine entscheidende Rolle.

Herr Dr. Bleicher teilt mit, dass in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses ein Sachstandsbericht über den Fortschritt der Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens erfolge.

Zudem stellt er die Antwort auf die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis '90 / Die Grünen zum Thema Windenergieanlagen vor (Anlage 4). In der Zukunft werde das Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen womöglich nicht mehr in der Zuständigkeit des Kreises liegen. Es sei angedacht, die Zuständigkeit an die Bezirksregierung zurückzuführen. Eine Zeitspanne hierfür ist aktuell jedoch nicht bekannt. Generell sollte es Ziel sein, dass die Verfahren beschleunigt würden. Hierbei spiele das Genehmigungsverfahren selbst eine entscheidende Rolle.

Im Anschluss dankt Herr Grobecker (B'90/Grüne) für den Ausblick.

Herr Dr. Bleicher ergänzt aufgrund der Nachfrage dazu, dass 26 Anlagen aktuell zu erwarten seien. Dabei handle es sich zum Teil um Anträge, die sich in der Abstimmung oder in der Vollständigkeitsprüfung im Hause befänden.

Nunmehr stellt Herr Hackelbusch den Haushalt 2023 für das Amt für Umweltschutz und Straßenbau vor. Hierbei führt er drei Sachverhalte aus dem Jahr 2022 beispielhaft aus.

Darunter fallen nachfolgende Punkte:

Im ablaufenden Haushaltsjahr habe man versucht, einen neuen Ingenieur mit Schwerpunkt Radwegebau zu erhalten. Dies sei dreimal zur Ausschreibung gekommen und leider bisher erfolglos geblieben. Aktuell suche man nach Alternativen, um der Problematik Personalbeschaffung auch zukünftig entgegenzutreten. Derzeit müsse häufiger auf Externe zurückgegriffen werden, um Projekte realisieren zu können.

Für den Flächenerwerb habe man in 2022 1. Mio. € zur Verfügung gehabt. Dies sei sehr positiv, jedoch in Teilen nicht umsetzbar gewesen. Daher sei der Ansatz für 2023 auf 500.000 € herabgesetzt worden. In einer der nächsten Sitzung werde dazu berichtet, was in 2022 realisiert worden sei.

Die Kreisstraßenbereisung habe zudem stattgefunden und den aktuellen Radwegbestand gezeigt. Das Bestandsnetz müsse auch weiterhin im Blick bleiben und zudem sei in 2022 auch eine Radwegbefahrung erfolgt. Derzeit befände man sich hier in der Datenauswertung. Die sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe sollen im Frühjahr dem Bauausschuss vorgestellt werden.

Ergänzend führt er aus, dass das Amt für Umweltschutz und Straßenbau in 2023 mit der Digitalisierung beginnen werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Pomberg (SPD) auf den Realisierungszeitpunkt der Radwegbrücke an der K 18/10 Vohren teilte Herr Hackelbusch mit, dass der Neubau im III./IV. Quartal 2023 erfolge. Schneller sei die Umsetzung leider nicht möglich gewesen. Die Lichtsignalanlage helfe daher, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Bei einer Förderung einer solchen Baumaßnahme von 90 % sei die Umsetzung innerhalb von 1 – 2 Jahren sehr schnell. Auch den Hinweis, die Ampel im Bereich der Renaturierung mit einzubinden in die Ampelschaltung nahm Herr Hackelbusch dankend auf.

Herr Kampher (FWG) merkt an, dass die Zahlen der Investitionen vermuten ließen, dass man sich im Straßenbau mehr Projekte vornehme, als man schaffe.

Daraufhin stellt Herr Hackelbusch klar, dass nicht alle Verschiebungen durch eigenes Verschulden erfolge, da häufig auch eine Abhängigkeit zu Dritten bestehe, die die Umsetzung maßgeblich beeinflussen würden. Alle Maßnahmen, die im Haushaltsplan ausgewiesen seien, seien auch für den Kreis Warendorf wichtig und notwendig.

Herr Luster-Haggeney (CDU) erklärte, dass die Aufstellung nachvollziehbar sei und die im Haushalt abgedruckte Straßenkarte eine hilfreiche Ergänzung darstelle. Die teilweise Abweichung durch andere Faktoren sei vertretbar.

Auf die Nachfrage von Herrn Grobecker (B'90/Grüne), warum bei der Grundsanie- rung der K 3/12 in Everswinkel nicht zeitgleich auch eine Radwegesanie- rung erfolge, kann Herr Hackelbusch entgegen, dass die Baumaßnahme 9 km umfasse und da- mit schon ein sehr hohes Bauvolumen umzusetzen sei. Der Radweg müsse daher zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Ein Teilstück sei jedoch bereits im letzten Jahr saniert worden. Dabei seien unterschiedlichen Techniken getestet worden, die man zukünftig womöglich in neue Baumaßnahmen einbinden wolle. Eine Übersicht über das Bauvolumen für Radwege werde er zudem Zahlen für die Ausschussmitglieder vorstellen.

Anfrage Kreistagsfraktion B'90/Grüne vom 10.11.2022 – Erstellung einer Kennzahl für Windenergieanlagen – Kennzahl wird zunächst in den Haushalt mit aufgenom- men, bei Zuständigkeitswechsel werde diese jedoch wieder entfallen.

Die Anfrage FWG-Kreistagsfraktion vom 13.11.2022 zum Thema Elektromobilität wurde beantwortet.

### **Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2023-2026 wird, soweit eine Zu- ständigkeit des Bauausschusses gegeben ist, zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 11.15 Uhr die Sit- zung.

Paul Tegelkämper  
Vorsitz

Dr. Herbert Bleicher  
Schriftführer